

EU-„Freizügigkeit“ für moderne Lohnsklaverei

In vielen Städten gibt es sie schon: Straßenecken, an denen sich meist zu früher Tageszeit ein Pulk ärmlich bekleideter Menschen aufhält. Ab und an fährt langsam ein Auto heran, nach hektischem Durcheinander werden dann einer oder mehrere der Wartenden eingeladen und das Auto rauscht ab.

Wir befinden uns auf einem Tagelöhnermarkt – verächtlich auch „Arbeiterstrich“ genannt. Diese menschenunwürdige Art der „Lohnsklaverei“ ist eine extreme Form von kapitalistischer Ausbeutung zum Niedrigstlohn. Die Autofahrer sind deutsche „Unternehmer“ – die meist männlichen Tagelöhner auf der Straße stammen in der Regel aus Bulgarien oder Rumänien. Gedungen werden sie für Arbeiten auf dem Bau oder in der Logistikbranche, aber auch in Schlachthöfen oder in der Landwirtschaft. Für zwölf bis 18 Stunden harte Arbeit bekommen sie zwischen 70 und 80 Euro.

Diese Arbeiter „genießen“ die sogenannte „eingeschränkte Freizügigkeit“ in der EU. Seit Anfang 2013 können sie sich „frei“ in der EU bewegen. Dafür wurde die bis dahin notwendige „Freizügigkeitsbescheinigung“ abgeschafft. Sie benötigen keine Arbeitserlaubnis mehr, dürfen aber offiziell noch nicht als abhängig Beschäftigte hier arbeiten. Als scheinbar „Selbstständige“ mit „EU-Gewerbeschein“ oder über „Werkverträge“ können die deutschen „Auftraggeber“ jedoch Arbeitsgesetze und Mindestlöhne aushebeln. Ihr Stundenlohn gilt ja als „frei“ vereinbart. Im Gegensatz zur Schwarzarbeit ist das legal.

„Freizügig“ ist an dieser Regelung nur eines: die hemmungslose Ausnutzung der Notlage dieser Menschen im Interesse einer maßlosen Ausbeutung. Die Tagelöhner sind „Armutsflichtlinge“. Ihre Familien haben sie zurückgelassen – in Gegenden, in denen oft mehr als 90 Prozent der Einwohner arbeitslos sind. Korrupte Beamte ihres Landes nehmen sie im Gegenzug für die Ausstellung von EU-Gewerbescheinen aus. Schlepper organisieren die Busreisen und knöpfen ihnen dafür ihr letztes Hab und Gut ab. Diese Arbeiter

brauchen das Geld so dringend oder sind so wenig aufgeklärt, dass sie maßlose Überstunden, Doppelschichten, Arbeit ohne Pause oder ohne Schutzkleidung hinnehmen müssen. Viele teilen sich zu fünft oder sechst eine Ein-Zimmer-Unterkunft, andere schlafen auf Bänken im Park oder in notdürftigen Camps im Wald. Das meiste Geld, das sie verdienen, schicken sie in die Heimat.

Ab Anfang 2014 fällt für sie jede Einschränkung bei der Arbeitssuche in der EU weg. Sie können dann auch als abhängig Beschäftigte eingestellt werden. Das wird den „Run“ auf den Tagelöhnermarkt nur noch verstärken. Beides erhöht den Druck auf das allgemeine Lohnniveau. Es verschärft die Konkurrenz unter den Arbeitern um immer schlechter bezahlte Arbeitsplätze.

Bewusst wird das von den Herrschenden zur nationalistischen Aufwiegelung der Arbeiter gegeneinander und zur Ablenkung von den tatsächlich Verantwortlichen für Armut und Arbeitslosigkeit in den Konzern- und Bankzentralen genutzt. Da wird z. B. das Märchen vom „Missbrauch des sozialen Netzes“ in Deutschland verbreitet. Doch weniger als fünf Prozent aller EU-Einwanderer in Deutschland erhalten Sozialleistungen („FAZ“, 7. 10. 2013). Und selbst die „Bild“-Zeitung muss zugeben, dass von 165.000 im Juli in Deutschland lebenden Bulgaren und Rumänen 120.000 sozialversicherungspflichtig versichert waren („Bild“, 13. 10. 13).

Dagegen gilt es europaweit einen gemeinsamen Kampf um höhere Löhne und für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu führen – für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Forderung nach einem allgemeingültigen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro richtet sich ebenfalls gegen solch „frei vereinbarte“



Unter anderem werden die Tagelöhner als Erntehelfer in der Landwirtschaft eingesetzt

Hungerlöhne. Auch die Hartz-Gesetze, die „Zweit- und Dritt-Arbeitsmärkte“ erst ermöglichen, müssen weg.

Die Arbeiterbewegung muss sich international im Kampf um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Kosten der Profite zusammen-

schließen. Der weltweit organisierte Kapitalismus schafft aber immer wieder und immer mehr Armut, Arbeitslosigkeit und Not. Will man diese Geiseln der Menschheit überwinden, ist eine internationale sozialistische Revolution nötig. (ba)

Griechenland: Unterstützung für politische Gefangene aus der Türkei

Seit Tagen ist die griechische Polizei damit beschäftigt, einen unbefristeten Solidaritätshungerstreik auf dem Syntagma-Platz zu attackieren. Die politische Migrantin Fadik Adiyaman möchte damit den seit 23. September andauernden unbefristeten Hungerstreik von vier politischen Gefangenen im Korydallos-Gefängnis unterstützen, die sich mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der linken DHKP-C gegen ihre Auslieferung an die Türkei bzw. an Deutschland und Frankreich wehren.

Doch weder Fadik Adiyaman noch die anderen Personen, die den Widerstand unterstützen, lassen sich von den Schikanen und Übergriffen beeindrucken. Sie konnten auch auf die Solidarität von SYRIZA-Abgeordneten und anderer linker Kräfte zählen.

Am 21. Oktober holten erneut dutzende Bereitschaftspolizisten (M.A.T.) für einen Angriff auf das Hungerstreikzelt aus. Eine Gruppe von Menschen versammelte sich



Fadik Adiyaman

spontan auf einem Platz gegenüber dem Athener Parlament, um gegen den Polizeiangriff zu protestieren. Mit der Forderung, die Festgenommenen freizulassen, marschierte die Gruppe, darunter auch ein Abgeordneter, zur Polizeiwache nahe des Syntagma-Platzes.

Die Proteste hatten Erfolg und mittlerweile sind alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß, teilte ein Unterstützer mit.

(Nach einer Mitteilung der „International Platform Against Isolation“ vom 21. Oktober)